



LÉGATION DE SUISSE  
EN POLOGNE

Warschau, den 12. August 1948  
ul. Rakowiecka 19

Référence No. 300-1 AZ/BQ

(à rappeler dans la réponse)

Votre Réf. No. ....

Pol. Bericht Nr. 18/48.

Herr Bundesrat,

Am 28. Juli haben die polnischen Behörden in zwei in Berlin und in Warschau gleichzeitig veranstalteten Pressekonferenzen die Öffentlichkeit über schwerwiegende Differenzen orientiert, die immer noch zwischen der polnischen Regierung und den Militärbehörden der Bizone bestehen.

Vier verschiedene Streitfragen stehen zur Diskussion. Seit langem dauern schon die Verhandlungen betreffend die Rückkehr der während der Besetzungszeit nach Deutschland verbrachten polnischen Kinder in ihre Heimat. Nach polnischen Angaben sind deren noch rund 100'000 vorhanden. In Schleswig-Holstein allein soll die UNRRA ihrer 6'000 ausfindig gemacht haben. Diese Kinder sind bekanntlich von den deutschen Behörden zu "Aufnungszwecken" gewaltsam aus Polen entführt und deutschen Pflegefamilien zugewiesen worden. Eine befriedigende Lösung der Frage ihrer Zukunft ist deshalb so schwer, weil der Grossteil dieser Kinder sich der Umgebung angepasst und sich namentlich den Familien, in denen sie untergebracht sind, auch innerlich angeschlossen haben. Da unter den Kindern nicht wohl abgestimmt werden kann, geht der Streit einmal zwischen den deutschen Pflegeeltern und den leiblichen Eltern oder Verwandten des Kindes in Polen, auf der politischen Ebene ausserdem zwischen

Herrn Bundesrat Dr. Max Petitpierre,  
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements,

B e r n .

*En circulation*  
*18.8.*

*Noten*  
*8.9.48.*

./.



- 2 -

den deutschen und alliierten Behörden einerseits und der polnischen Regierung anderseits.

Mehrere Tausende deutscher Kinder, die bei der Flucht der deutschen Bevölkerung und bei späteren Aussiedlungsaktionen nicht berücksichtigt werden konnten und seither in Polen geblieben sind, konnten lange Zeit ihrerseits auch nicht in ihre deutsche Heimat zurückbefördert werden, weil die britischen Behörden hierzu die Erlaubnis nicht gaben. Vor kurzem ist nun endlich ein erstes Kontingent dieser deutschen Kinder, die hier in ziemlich trostlosen Verhältnissen gelebt haben, in die britische Zone zurückgereist. Dieser Stand der Dinge gibt dem polnischen Standpunkt einen gewissen Auftrieb, wonach die Briten nicht nur die polnischen Kinder nicht herausgeben wollen, sondern sich auch noch weigern, die deutschen Kinder in ihr deutsches Milieu zurückzuführen. Die polnische Presse wird nicht müde zu betonen, dass die britischen Militärbehörden durch ihren ablehnenden Standpunkt den schandbaren Kinderraub Hitlers faktisch sanktionieren; sein Ziel, polnische Knaben und Mädchen "germanischen" Typs zu germanisieren, sei erreicht, und ungezählte polnische Mütter blieben somit ihrer leiblichen Kinder beraubt. Eine Lösung dieser schwierigen Frage auf dem gewöhnlichen Verhandlungswege scheint ziemlich aussichtslos.

Die polnischen Behörden beschuldigen die Militärbehörden der Bizone, ein grösseres Quantum Gold, das von den Deutschen in Polen und namentlich in den Konzentrationslagern beschlagnahmt worden war, zum Verschwinden gebracht zu haben. Es ist ohne weiteres klar, dass bei der Gesamtzahl von mehreren Millionen Opfern deutscher Vernichtungswut die abgenommenen Schmuck- und Wertsachen sich ebenfalls auf mehrere Millionen belaufen können. Nach Angaben der polnischen Behörden sind diese Werte, dank dem seinerzeitigen Organisationsapparat der Nazibehörden, wieder gefunden und nach Frankfurt a.M. geschafft worden. Die Rückgabe wird von

./.

- 3 -

den Amerikanern abgelehnt mit der Begründung, der Gegenwert dieses Goldes sei für den Unterhalt der entwurzelten polnischen Staatsangehörigen (displaced persons) in der Bizone verausgabt worden.

Die polnische Regierung führte seit langem Verhandlungen betreffend die Auslieferung einer ganzen Anzahl hoher deutscher militärischer Führer, und zwar jener Generäle, die die militärischen Operationen 1939 und 1944 auf polnischem Gebiet geleitet haben. Die Ablehnung der Auslieferung solcher Generäle durch die Alliierten hat in Polen keine grossen Wellen aufgeworfen. Dagegen haben die amerikanischen Behörden auch die Auslieferung der Generäle von dem Bach und Reinefahrt abgelehnt, die in Polen während der Besetzung zivile und polizeiliche Funktionen ausgeübt haben und einer ganzen Anzahl Greuelthaten gegenüber der polnischen Zivilbevölkerung sowie gegenüber polnischem Kunst- und Volksgut beschuldigt werden. Da die Frist zur Stellung der Auslieferungsbegehren Ende September d. J. abläuft, bezeichnen es die polnischen Behörden als illoyal und dem Geiste der verschiedenen Beschlüsse der Alliierten widersprechend, wenn die Amerikaner ihre schützende Hand über Kriegsverbrecher halten, deren Aburteilung in erster Linie Sache Polens sein müsste. Die Amerikaner verblieben auch bei ihrer ablehnenden Haltung, nachdem die polnische Regierung formell versprochen hatte, die beiden Polizeigeneräle nach ihrer Aburteilung den amerikanischen Behörden wieder zurückzugeben.

Da die polnische Regierung jede revisionistische Tendenz hinsichtlich der Westgrenzen mit der grössten Aufmerksamkeit verfolgt, war es natürlich, dass sie am 28. Juni eine Note an die britische Militärregierung in folgender Angelegenheit richtete. Kurz zuvor hatte der Landtag von Nordrheinland-Westfalen ein sogenanntes Flüchtlingsgesetz verabschiedet, in dessen Präambel es heisst, dass das Elend der Flüchtlinge auf die Dauer nur dadurch beseitigt werden

./.

- 4 -

könne, dass sie in die deutschen Ostgebiete zurückkehren können. Zur Erlangung der Rechtskraft bedurfte das Gesetz noch der Zustimmung der britischen Militärbehörden. Die polnische Note vom 28. Juni sagt u.a. folgendes:

"Wir hatten bereits Gelegenheit, die Militärverwaltung auf die bedenklichen Folgen der revisionistischen Propaganda hinzuweisen, die nicht nur ein friedliches Hineinwachsen der Ausgesiedelten in das Leben der einheimischen deutschen Bevölkerung verhindert, sondern auch die Revanchetendenzen unterstützt und dadurch den Zielen aller friedliebenden Nationen zuwiderläuft. Wir haben es immer als eine unserer unangenehmsten Aufgaben betrachtet, auf die wachsende revisionistische Tendenz aufmerksam zu machen, die in der stillschweigenden Duldung durch gewisse Besatzungsmächte ihre Unterstützung findet.

Immerhin stellt die Präambel des fraglichen Flüchtlingsgesetzes einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des deutschen Revisionismus dar, der sich heute überhaupt nicht mehr zu verstellen sucht. Bis heute war die deutsche Propaganda des wiedererstandenen 'Drangs nach Osten' lediglich die Leitidee der hitlerischen Politiker gewesen, die ihre politische Karriere auf den Schlagwörtern des militanten Revisionismus aufzubauen suchten. Das gegenwärtige Gesetz muss jedoch als der erste Versuch betrachtet werden, diese revisionistische Tätigkeit zu legalisieren.

Wir haben uns bisher bei unseren Demarchen wie gewohnt auf Weisung Nr. 40 des Alliierten Kontrollrates gestützt, die den Deutschen jegliche Propaganda zum Nachteil der Interessen der alliierten Mächte untersagt. Heute sind wir jedoch Zeugen eines Versuchs, die gegen den Frieden gerichteten Ziele dieser Kreise gesetzlich zu verankern. Diese Kreise scheinen uns am meisten Interesse daran zu haben, 'den Wiederaufbau des Lebens der deutschen Nation auf friedlicher Grundlage zu verhindern' (Potsdamer Beschlüsse). Die grosse Mehrheit, welche die Präambel des Flüchtlingsgesetzes in der Sitzung des nordrheinisch-westfälischen Landtages erhalten hat, beweist deutlich, dass der Revisionismus einen viel gefährlicheren Umfang erreicht hat, als man sich bisher vorgestellt hatte."

In der am 27. Juli den Polen überreichten Antwort erklären die britischen Militärbehörden, der fragliche Passus der Gesetzespräambel sei aus seinem Zusammenhang gerissen worden, in Wirklichkeit befürworte sie die Rückkehr der deutschen Ostsiedler in ihre frühere Heimat ausschliesslich

- 5 -

mit friedlichen Methoden und auf dem Wege über die wohlwollende Zusammenarbeit der Völker. Unter diesen Umständen könne nicht davon gesprochen werden, die fragliche Präambel besitze einen irgendwie provokatorisch gearteten Charakter.

Seit einiger Zeit zirkulieren Gerüchte, wonach eine Anzahl deutsche Handwerker und Siedler von der russischen Besatzungszone wieder in die polnischen Grenzgebiete zurückverbracht worden seien. Unsere Ermittlungen ergaben bisher, dass nirgends etwas <sup>derartiges</sup> beobachtet werden konnte. Die polnischen Behörden sind im Gegenteil eifrig bestrebt, eine genügende Anzahl von tüchtigen Kolonisten in die vernachlässigten Gebiete Westpommerns (Stettin und Umgebung) umzusiedeln, um jeden deutschen Vorwand eines "Ernährungslochs" im Herzen Europas, der auch die Russen beunruhigen könnte, zu beseitigen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

